



# Beschlussbuch

**der Landesversammlung der Mittelstands-Union**

**Bayerischer Mittelstandstag**

**am 6. November 2021**

**in Bad Aibling**

Redaktion: Mittelstands-Union der CSU, Landesleitung, Franz Josef Strauß-Haus,

Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München,

Telefon 089/1243 263, Telefax 089/1243 4263, [mu@csu-bayern.de](mailto:mu@csu-bayern.de)

[www.mu-bayern.de](http://www.mu-bayern.de); [www.facebook.com/mittelstandsunion](https://www.facebook.com/mittelstandsunion)



# Inhalt

<b>Leitantrag</b>	<b>Ja zum nachhaltigen Wirtschaften - Ja zur Zukunft</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Initiativantrag</b>	<b>Passgenaue Hilfsprogramme für Publikumsbranchen</b>	<b>Seite 8</b>

<b>Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU</b>	<b>6. November 2019</b>
<b>Leitantrag</b> <b>Ja zum nachhaltigen Wirtschaften - Ja zur Zukunft</b>	<b>Beschluss:</b> Zustimmung
<b>Antragsteller:</b> MU-Landesvorstand	

0 **Die MU-Landesversammlung möge folgenden Leitantrag beschließen:**

1

2 **„Eine Politik, die gegen ökonomische Gesetze und damit gegen menschliche**  
3 **Grundbedürfnisse regiert, zieht immer den Kürzeren.“ (Eugen von Böhm-Bawerk,**  
4 **österreichischer Ökonom)**

5

6 Deutschland steht vor gigantischen Herausforderungen. Neben dem Klimawandel  
7 sind es vor allem die ungelösten Fragen um die demographische Entwicklung, die  
8 Rente, die derzeit steigende Inflation, die im weltweiten Vergleich viel zu hohen  
9 Energiekosten, unser Rückstand in der Digitalisierung und die Unsicherheit in  
10 internationalen Beziehungen, die wir meistern müssen.

11

12 Diese Herausforderungen sind nur gemeinsam mit dem Mittelstand, vielleicht sogar  
13 primär durch die Wirtschaft zu lösen.

14

15 Die Unternehmen brauchen dabei:

16

- 17 • Eine Politik, für die Entbürokratisierung nicht nur ein Wort ist. Bereits vor  
18 Erlass eines Gesetzes muss die Notwendigkeit kritisch geprüft werden.  
19 Ideologische Ziele sind dabei kein Grund für die Schaffung eines neuen  
20 Gesetzes, sondern ausschließlich reale Probleme, die der Lösung bedürfen. Ein  
21 Gesetz, das nicht zwingend erforderlich ist, darf es nicht geben. Die  
22 Folgenabschätzung muss gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet werden.  
23 Dabei sind die besonderen Bedürfnisse von KMU's gesondert zu betrachten. In  
24 jeder Gesetzesbegründung ist bei der Betrachtung der Wirtschaft zwischen

25 Großindustrie und Mittelstand zu differenzieren. Anzustreben ist die in den  
26 USA verbreitete Sunset Legislation und eine Evaluierungspflicht nach  
27 Schweizer Vorbild. Insbesondere Leistungsgesetze sind zu befristen.

28 Damit Entbürokratisierung endlich wirken kann, müssen für jedes neue Gesetz  
29 ein Gesetz außer Kraft gesetzt werden. Nur so kann eine Reduktion der  
30 Regelungswut garantiert werden. Wir müssen den Staat neu denken.

- 31 • Bürokratie entsteht auch im Gesetzesvollzug; die Verwaltung muss sich als  
32 Dienstleister des Bürgers und Mittelstands begreifen. Dabei darf nicht die  
33 Suche nach Verhinderungsmöglichkeiten von Anliegen im Vordergrund  
34 stehen, sondern die Idee, gemeinsam mit Antragstellern den besten Weg zur  
35 Verwirklichung der Vorhaben zu finden. Entscheidungsfreude sollte Grundlage  
36 des Verwaltungshandelns sein, digitales Verwaltungshandeln sollte zum  
37 Standard werden. Dies muss auch noch viel mehr als bisher in die Ausbildung  
38 zu Verwaltungsberufen eingebaut werden.
- 39 • Neue Gesetzgebungsvorhaben brauchen auch eine enge Begleitung durch die  
40 mittelständische Wirtschaft. Vertreter von Großkonzernen können die  
41 Anforderungen des Mittelstandes weder erfassen noch vertreten.
- 42 • Ein Belastungsmoratorium – Der Lock-Down, dem insbesondere viele kleine  
43 Unternehmen ausgesetzt waren und sind, hat massive Probleme verursacht.  
44 Viele Einzelunternehmer mussten ihre Altersvorsorge auflösen, um ihr  
45 Unternehmen zu retten. Die Wirtschaft hat die Kraft, die Zukunft zu gestalten,  
46 wenn man ihr die Luft zum Atmen lässt. Deshalb fordern wir das Aussetzen  
47 aller Steuererhöhungen oder sonstiger zusätzlicher Belastungen.
- 48 • Die Mittelstands-Union fordert das unbedingte Einhalten der Schuldenbremse.  
49 Dazu gehört die kritische Prüfung aller neu zu beschließenden Wohltaten, aber  
50 auch ein Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, zumal dort in den letzten  
51 beiden Jahren tausende neue Stellen und Hierarchien geschaffen wurden.  
52 Dieser kann durch Digitalisierung und Entbürokratisierung deutlich optimiert  
53 werden. Neue Stellen dürfen nur geschaffen werden, wenn dafür an anderer  
54 Stelle zeitgleich ein gleichwertiger Stellenabbau stattfindet.

- 55 • Politik hat Leitplanken vorzugeben. Den besten Weg zu finden, ist Sache der  
56 Wirtschaft, die das im Wettbewerb der besseren Ideen erledigt. Dazu gehört  
57 vor allem auch Technologieoffenheit und keine einseitige Förderung von  
58 Technologien, von denen man schon heute weiß, dass sie nur  
59 Übergangstechnologie sein können. Die Technologieoffenheit muss auch für  
60 die Stromerzeugung gelten. Wir müssen eine leistungsfähige Infrastruktur  
61 erhalten und nachhaltig ausbauen.
- 62 • Stabile Beziehungen zu allen wichtigen Handelspartnern und Vertretern, die  
63 die Interessen der deutschen Wirtschaft im Ausland konsequent vertreten.
- 64 • Eine Politik, die die mittelständische Wirtschaft als das sieht, was sie ist:  
65 Motor des Landes, Quelle der Innovationen und der Steuereinnahmen des  
66 Staates. Nur so sind staatliche Investitionen und privater Konsum möglich.
- 67 • Die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft darf nicht zur  
68 Deindustrialisierung führen. Klimakosten, die dazu führen, die Produktion ins  
69 Ausland zu verlagern, sind für das Weltklima kontraproduktiv. Dies dürfte in  
70 den meisten Fällen bereits jetzt der Fall sein. Eine Abwanderung der  
71 Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltstandards und auch ein  
72 Reimport solcher Produkte ist zu verhindern.

73

74 Die Union hat in ihrer neuen Rolle folgende Schwerpunkte zu setzen:

75

- 76 • Den Mut, die politischen Ziele an den harten Gegebenheiten von Realität und  
77 Machbarkeit zu messen.
- 78 • Die Fähigkeit, anderen Standpunkten auch dann zuzuhören, wenn sie weder  
79 die Mehrheitsmeinung noch die gewünschte Meinung vertreten.
- 80 • Eine klare Orientierung der politischen Ziele am Mittelstand. Das sind all die  
81 Menschen, die durch ihre Arbeit (gleich ob beruflich oder ehrenamtlich), ihr  
82 Engagement und ihren Fleiß die Haushalte aller Ministerien finanzieren.

83 • Einen politischen Diskurs, der wieder zum Ziel hat, Andersdenkende zu  
84 verstehen und gemeinsam mit diesen, in Anerkennung unterschiedlicher  
85 Sichtweisen, die besten Entscheidungen für Deutschland zu treffen.

86 • Den Umverteilungsbegehren durch den Gesetzgeber entschieden  
87 entgegenzutreten; Leistung muss sich wieder lohnen.

88

89 Wir Mittelständler in der MU fordern, dass wir unsere praktische Fachkompetenz und  
90 breitgefächerten Erfahrungen einbringen können, um unsere Mandatsträger,  
91 Abgeordneten und den Parteivorstand bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben  
92 tatkräftig zu unterstützen.

<b>Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU</b>	<b>23. November 2019</b>
<b>Initiativantrag</b> <b>Passgenaue Hilfsprogramme für Publikumsbranchen</b>	<b>Beschluss:</b> Zustimmung
<b>Antragsteller:</b> KV München-Land	

93

94 **Die MU-Landesversammlung möge beschließen:**

95 Für manche von der Pandemie besonders betroffene Branchen werden auch die  
96 kommenden Monate eine erneute Belastungsprobe. An die Nachfrage gekoppelten  
97 Hilfsprogramme verfehlen dort ihre Wirkung, wo noch zu wenig Nachfrage herrscht.  
98 Publikumsbranchen wie bspw. die Messe-, Reise-, Kultur-, Event- oder  
99 Veranstaltungsindustrie verdienen passgenaue Hilfsprogramme, die auch in der  
100 Praxis helfen. Kostenübernahmen, wie sie bspw. in anderen europäischen Staaten  
101 aufgelegt wurden, können auch für den bayerischen Wirtschaftsminister Ansporn &  
102 Anreiz sein. Bei hier weiterer Schlecht- bis Nichtleistung sind Zuständigkeiten zu  
103 einsatz- und durchsetzungsstarken Ministern zu verlegen. Denn gerade die  
104 Verliererbranchen dürfen sich politisch nicht verloren fühlen.